

SBZ 15+17/2000

Mit dem Mut der Verzweiflung

◆ **Verbände sollten das Engagement gebührend auszeichnen**

Hut ab vor dem Mut der Redaktion, die verstanden hat, daß im Handwerk die Dinge mutiger nach vorne gebracht werden müssen – eben auch deutliche politische Formulierung bedürfen. Und besonders stolz sollten wir alle sein, daß (unsere) Handwerker-Frauen, denen wir gerne ihre gewichtige Rolle in den Betrieben längst anerkannt haben, hier die Macher waren. Frau Schönemann hätte es verdient, daß unsere Verbände endlich darüber nachdenken, wie sie das Engagement der Frauen gebührend auszeichnet. Nicht nur Zuspruch zum Durchhalten sollte diesen Frauen gewährt werden.

Nachdem ich nun noch in SBZ 17 lese, daß die Frauen in Berlin eine weitere Aktion auf die Beine stellen, möchte ich die vielen Kolleginnen und Kollegen ermuntern, den Frauen sinngemäß nachzuzufolgen, um der Bedeutung des Handwerks in unserer Gesellschaft mehr Gewicht zu verleihen.

Gerhard Geiger
Fa. Wilhelm Geiger
70734 Fellbach

◆ **Täter haben mehr Rechte als Geschädigte**

Mit Interesse habe ich den Artikel von Monika Schönemann gelesen. Ich kann nur bestätigen, daß man als kleiner mittelständischer Betrieb fast „keine“ Chancen mehr in diesem deutschen Staat hat. Auch ich mußte schon mehrmals die Erfahrung machen, daß jeder Täter oder Verbrecher mehr Rechte hat als

der Geschädigte selbst. Ich hatte vor ein paar Jahren als Subunternehmer für eine Montagefirma gearbeitet. Als meine Forderungen mittlerweile 12 000 DM überstiegen, übergab ich die Angelegenheit meinem Anwalt und wir gingen vors Landgericht Saarbrücken. Aber leider wurde der Termin mehrmals rausgeschoben (durch das Landgericht) und trotz mehrmaligem Drängen meines Anwaltes kam es aber nie zu einer Verhandlung. Zwischenzeitlich meldete die Firma Konkurs an und für uns war nichts mehr zu holen. Laut meinem Anwalt lag der Fehler eindeutig beim Landgericht und dem zuständigen Richter, der es versäumte, den Prozeß zu eröffnen. Nach mehreren Beratungsgesprächen mit meinem Anwalt lag für mich klar auf der Hand, daß ich gegen das Landgericht bzw. gegen das Land (Saarland) vorgehen und sie auf Schadensersatz verklagen müßte. Auf Anraten des Arbeitgeberverbandes sollte ich es auf dem politischen Wege versuchen. Wir bekamen auch mehrere Adressen und Telefonnummern von Politikern im Saarland, aber es hat sich – trotz mehrmaligem Anschreiben – bis heute niemand bei uns gemeldet. Meine Hoffnung ist vielleicht noch, daß man über die Medien unsere verschlafenen Politiker wachrütteln kann und daß sie sich für uns kleine Selbständige einsetzen. Aber das bleibt vielleicht auch nur ein Traum.

Gernot Weyrich
Firma Gernot Weyrich
Heizungsbau
66606 St. Wendel

SBZ 17/2000

Ostmessen überflüssig?

◆ **Absage an die Arbeit von 8000 SHK-Betrieben**

Die Ausrichtung von Fachmessen wurde in der Vergangenheit nicht wirtschaftlichen Gesichtspunkten unterzogen. Marketing, Werbung und Kundenkontakte

waren die Hauptzielstellungen dieser Messen.

Erst nach der mißglückten SHKG Berlin 2000 werden wirtschaftliche Erwägungen ins Spiel gebracht und Forderungen nach Aufgabe der Fachmessen in den ostdeutschen Ländern damit begründet. Für uns 32 Innungsbetriebe der SHK-Innung Naumburg wäre der Verzicht auf Fachmessen in den neuen Bundesländern, insbesondere auf dem Messestandort Leipzig, auch eine Absage an unsere Arbeit. Wir protestieren gegen dieses geplante Vorhaben. Die Durchführung von Fachmessen in Leipzig und Berlin bedeutet für 8000 SHK-Betriebe in den neuen Bundesländern auch Anerkennung ihrer Arbeit. Volle Unterstützung finden bei uns die Forderungen von Frau Ender aus Mittenwalde (SBZ 17/2000) nach neuen Ideen und größerer Flexibilität der Veranstalter.

Peter Wahlbuhl
Obermeister Innung Naumburg/Saale

◆ **Erhalt der Branchenmesse Leipzig**

Die SHK-Innung Löbau-Zittau hat die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der Sanitärarmaturenindustrie (AGSI) mit großem Befremden zur Kenntnis genommen. Daß Überkapazitäten von Branchenmessen zu der Konsequenz führen, die Anzahl von Messestandorten zu reduzieren, um damit eine Konzentration auf verbleibende Messen zu erreichen, ist von der Logik her begreiflich. Unbegreiflich allerdings ist, daß sich die AGSI generell für die Streichung der beiden Messen in Berlin und Leipzig ausspricht und nur die Messen in den alten Bundesländern als Standort künftiger Branchenmessen favorisiert. In all den Jahren nach der Wiedervereinigung war der ostdeutsche Markt aufgrund des enormen Aufholbedarfs für die Hersteller von Sanitärarmaturen interessant, zumal sich gute Geschäfte

machen ließen. Nun, da in weniger guten Zeiten die Geschäfte nicht mehr so florieren, wird der Rückzug geplant und somit dem Aufschwung Ost kein guter Dienst erwiesen.

Die Leipziger Messe ist eine Messe mit langer Tradition und als historischer Standort weltweit bekannt. Sollte Leipzig angesichts der auf Betreiben der AGSI entfachten Diskussion einer möglichen Streichung zum Opfer fallen, ist ein Boykott ostdeutscher Firmen nicht auszu-

schließen. Größere Entfernungen zu den Messeorten in den alten Bundesländern werden außerdem zu einem drastischen Rückgang der Besucherzahlen führen. Wir fordern den Erhalt der Branchenmesse in Leipzig, denn für uns bedeutet der Standort Leipzig eine unbedingte Notwendigkeit, der aus der Messelandschaft nicht wegzudenken ist.

Werner Ehrentraut
Obermeister Innung Löbau-Zittau

■ *Liebe Kollegen*

Solche Solaranlagen bitte nicht

Da mußte erst meine Tochter geboren werden, damit man ausführliche Spaziergänge in der eigenen Umgebung macht. Das beigefügte Foto machte ich am Sonntag, 27. 8. 2000, um 14.00 Uhr in Borgsdorf bei Berlin. Es war strahlender Sonnenschein bei 25 °C Außentemperatur. Die beiden abgebildeten Solarkollektoren sind voll nach Westen ausgerichtet, die Häuser sind umgeben von dichtem Kiefernbewuchs mit 25 m Baumhöhe. Die vordere Kollektorfläche bekommt noch minimal diffuse Sonnenstrahlung ab, die hintere war voll verschattet. Da blutet mir das Herz als Energieberater. Wer war denn

da am cleversten? Wahrscheinlich das Handwerksunternehmen: verkaufen, einbauen, abkassieren, abhauen und dem Bauherrn sein Gewissen reinreden, daß er was für die Umwelt tut, womöglich noch vom Bund gefördert.

Liebe Kollegen, wenn Solartechnik, dann bitte richtig. Hier entsteht sogar noch ein Schaden für die Umwelt, denn die Energie, die zum Herstellen der Solaranlage benötigt wurde, wird durch den nicht vorhandenen Solarertrag nicht wieder ausgeglichen, geschweige denn übertroffen.

André Schuldt
16556 Borgsdorf

